

31. März 2017 14:30 Uhr

Papst: Abrüstung ist ein „humanitärer Imperativ“

Frieden könne nicht auf Androhung „totaler Zerstörung“ gründen – Militärbischof Overbeck bedauert vertane Chance durch Bundesregierung

Rom/Essen (DT/KNA/reh) Papst Franziskus fordert ein weltweites Verbot von Nuklearwaffen. Ihre Abschaffung sei ein „humanitärer Imperativ“, heißt es in einer Botschaft des Papstes an die UN-Konferenz zum Verbot von Nuklearwaffen, die der Vatikan am Dienstag veröffentlichte. Frieden und Stabilität in der Welt könnten nicht auf der „Androhung gegenseitiger Zerstörung oder totaler Auslöschung“ gründen, so der Papst. Indirekt kritisiert Franziskus auch das Fernbleiben nahezu aller NATO-Mitgliedstaaten sowie Russlands von der Konferenz.

Für eine Welt ohne Atomwaffen sei ein pragmatischer Dialog nötig, der Länder mit und Länder ohne nukleares Arsenal umfasse, schreibt Franziskus. Er äußert die Hoffnung, dass die bis gestern dauernde Konferenz einen „entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer Welt ohne Nuklearwaffen“ mache.

Die USA hatten die NATO-Partner noch unter Präsident Barack Obama aufgefordert, sich nicht an den Verhandlungen über ein Nuklearwaffenverbot zu beteiligen. Ein solches Verbot würde die atomare Abschreckung der USA für ihre Partner ernsthaft gefährden.

Auch Deutschland war – im Gegensatz zu Österreich – nicht bei der Konferenz in New York vertreten. Delegationen von mehr als 100 Ländern berieten dort bis Freitag über ein Verbot von Nuklearwaffen. Am Ende soll nach einer zweiten Verhandlungsphase bis Ende Juni ein Abkommen stehen, das Entwicklung, Produktion, Lagerung, Tests, Weitergabe und Einsatz von Nuklearwaffen verbietet, sowie eine Vernichtung der Bestände vorsieht. Die Päpste zählen seit Johannes XXIII. (1958–1963) zu den prominentesten Befürwortern eines weltweiten Nuklearwaffenverbots. Die Botschaft des Papstes wurde vom stellvertretenden vatikanischen Außenminister Antoine Camilleri vor den Teilnehmern der UN-Konferenz in New York verlesen.

Deutschlands Militärbischof Franz Josef Overbeck, sagte dazu der „Tagespost“: „Die jetzt aktuell aufgegriffene Forderung des Heiligen Vaters, Papst Franziskus, die Staaten und Regierungen der Weltgemeinschaft mögen sich für ein weltweites Verbot von Nuklearwaffen und ihre Abschaffung im Sinne eines ‚humanitären Imperativs‘ einsetzen, fußt in den friedensethischen Überlegungen unserer Kirche, die spätestens mit dem Ausgang des 2. Vatikanischen Konzils in den 60er Jahren zum festen Bestandteil der kirchlichen Friedenslehre zählen.“ Sie sei weder „neu“, noch ziele sie „nur auf diejenigen Staaten ab, die im Besitz von Nuklearwaffen sind.“ Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, halte es Papst Franziskus für notwendig, die dazu notwendigen Schritte in der UN-Konferenz in New York einzuleiten. „Von daher ist es bedauerlich und nicht zielführend, wenn sich dem einige Regierungen versagen und durch ihre Nichtteilnahme dokumentieren, dass sie dem dringlichst gebotenen Vorhaben keine Erfolgsaussicht zumessen“, so Overbeck weiter.

Der Militärbischof erinnerte daran, dass „Bundeskanzler Konrad Adenauer 1954 in der sogenannten Londoner Akte für die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung abgab, auf die Herstellung von ABC-Waffen zu verzichten“. Auch im aktuellen Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik sei das „Bekenntnis Deutschlands zu dem Ziel, die Bedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen“, dokumentiert.

„pax christi“ kritisiert Ausbau des atomaren Drohpotenzials

Overbeck: „Jetzt wäre für das geeinte Deutschland durch die Teilnahme an der UN-Konferenz Gelegenheit gegeben, dieses Ziel anzustreben und dafür selbst die Bedingungen zu schaffen. Es ist bedauerlich, dass die Bundesregierung diese Chance nicht nutzt, um damit beizutragen, dass sich die Bedingungen für die Realisierung einer nuklearwaffenfreien Welt verbessern.“

Die Bundesvorsitzende von „pax christi“, Wiltrud Rösch-Metzler, nannte es gegenüber dieser Zeitung „beachtlich, dass der Vatikan sich so stark für eine Ächtung von Atomwaffen einsetzt. Diese Initiative von Staaten versucht, ähnlich wie es bei den chemischen und biologischen Waffen bereits der Fall ist, ein komplettes Verbot der atomaren Waffengattung zu erreichen, nachdem andere diplomatische Wege, die Atomwaffen zur Abrüstung zu bewegen nicht erfolgreich waren.“ Dass sich die Bundesregierung an eine NATO-Empfehlung halte und sich nicht an der Initiative beteiligt, sei „ein großer Fehler“. „Die Gefahr eines Atomkriegs ist leider nicht gebannt, solange die Atomwaffen-besitzenden Staaten nicht bereit sind, ihre Atombomben zu verschrotten. Mit der sogenannten ‚Modernisierung‘, dem Austausch alter Atombomben durch neue, besonders in den USA aber auch in Russland und anderen Ländern, wird das atomare Drohpotenzial derzeit sogar ausgebaut“, so Rösch-Metzler.

Artikel: <http://www.die-tagespost.de/politik/Papst-Abruestung-ist-ein-bdquo-humanitaerer-Imperativ-ldquo;art315,177458>

Alle Rechte vorbehalten. Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung



Der neue 1000plus-Jahresbericht ist da!

